

SPD Mönchengladbach

Politischer Aschermittwoch 18.02.2015

Reithalle Barthelmes, Bahner

Rede des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD Landtagsfraktion Hans-Willi Körfges MdL

Es gilt das gesprochene Wort

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

liebe Genossinnen und Genossen,

der **politische Aschermittwoch** ist eine traditionelle Veranstaltung. Er ist offensichtlich aus der Idee entstanden, unmittelbar im Anschluss an die Karnevalstage Klartext zu reden und die eigenen Reihen zu schließen. Vielleicht liegt der Ursprung auch darin, den Beweis zu erbringen, dass süddeutsches politisches Spitzenpersonal dazu in der Lage ist, sich relativ fehler- und unfallfrei zu artikulieren. Wieso fällt mir jetzt der unvergessene Edmund Steuber ein?

Wikipedia formuliert das so: In Bierzelt-Atmosphäre gehaltene politische Reden, die sich durch farbige Wortwahl und heftige, polemische Attacken gegen den politischen Gegner auszeichnen, haben weniger den Sinn, neuartige politische Konzepte zu präsentieren oder detaillierte Sachkritik vorzubringen, sondern sie dienen vielmehr dazu, Parteianhänger zu motivieren und den politischen Gegner zu verunsichern.

Da seht Ihr mal wieder, dass man dem Internet nicht bedingungslos trauen kann. Mir ist es jedenfalls wesensfremd so einfach, grundlos auf politische Mitbewerber einzudreschen.

Trotzdem will ich, mit der gebotenen und mir eigenen Zurückhaltung auf einige wesentliche Punkte der aktuellen Politik eingehen. Dass dabei die Verknüpfung mit der Landespolitik eine besondere Rolle spielt ist zum einen auf meine Tätigkeit im Landtag zurückzuführen, zum anderen aber auch darauf, dass hier leicht deutlich wird, dass es trotz der Koalition in Berlin und der Kooperation vor Ort auch in wesentlichen Fragen erhebliche Unterschiede zwischen der SPD und ihren alten und neuen Freunden gibt.

Dass fängt bei den **Kommunal финанzen** an. Auch wenn gegen Ende der Ampel die Grenzen zwischen einer Kooperation auf Ratsebene und einer schlagenden Verbindung eher fließend waren und wir manchmal den idyllischen Eindruck einer ungeteilten Erbgemeinschaft (Achtung! Juristenwitz) abgegeben haben, deren eigentlicher Zweck die Auseinandersetzung ist, hat es für die Stadt ganz erhebliche Erfolge gegeben. Die sollten wir uns nicht kleinreden lassen, auch wenn wir jetzt die erfolgreiche Arbeit mit einem anderen Partner fortsetzen.

Die Teilnahme am **Stärkungspakt** ist eine historische Entscheidung für Mönchengladbach gewesen. Das Land stellt Konsolidierungshilfen in einem Gesamtumfang von 5,76 Milliarden Euro zur Verfügung, davon entfallen mehr als 300 Mio auf unsere Stadt. Die Unterstützung für das Haushaltsjahr 2014 vom Land betrug 40,65 Millionen Euro.

Das hat Rot-Grün in Düsseldorf gemacht. Das haben die SPD und Norbert Bude gemeinsam mit Grünen und FDP für Mönchengladbach möglich gemacht und da stand die CDU vor Ort zunächst im wahrsten Sinne des Wortes teilnahmslos dabei.

Wer denkt da nicht an das Evangelium nach **Lukas 15/7** (Gleichnis vom verlorenen Sohn), wenn sich im Rahmen der Kooperation zwischen CDU und SPD jetzt auch die CDU zu diesem für Mönchengladbach so wichtigen Schritt bekennt, denn im Himmel ist mehr Freude über einen reuigen Sünder als über 99 Gerechte.

Aber überörtlich ist die CDU leider noch nicht so weit. Ich finde es richtig, wenn auch interkommunale Solidarität zum Stärkungspakt hinzukommt. Ich würde auch gerne die Städte noch besser unterstützen und habe deshalb meine Meinung zur großen Koalition in Berlin geändert, weil uns 5 Mrd. Entlastung aus Berlin bei den Soziallasten der Kommunen noch in dieser Wahlperiode zugesagt worden sind.

Aber was ist von einem Landespolitiker zu halten, der in Stärkungspaktkommunen über die notwendigen Sparanstrengungen mosert, in Kommunen mit Haushaltsüberschuss gegen die Solidarabgabe zur Mitfinanzierung des Stärkungspaktes wettet, Mehrausgaben des Landes wegen der Schuldenbremse ablehnt und die versprochene Entlastung durch den Bund erst in der kommenden Wahlperiode sieht?

Doch, den gibt's wirklich – die Vielfalt der Meinungen vereint in einer Person. In Amerika wird jemand, der so agiert, als Flip-Flop Politiker bezeichnet. Bei uns heißt der **Armin Laschet**.

Weitere Beispiele sind das entschiedene „sowohl - als auch“ beim Personal. Die CDU/FDP Koalition hatte in Düsseldorf unter dem Motto „Privat vor Staat“ Kahlschlagpolitik im öffentlichen Dienst im Programm. Bei der Polizei kannte schwarz-gelb den Altersstrukturbericht der Polizei und hat erst gar nicht und dann zu spät reagiert. Wir haben reagiert und stellen nicht nur 1500 **Beamtinnen und Beamte** neu ein, sondern haben mit 385 weiteren Einstellungsermächtigungen auf die Gefahr islamistischen Terrors reagiert. Die Opposition in Düsseldorf will mehr Beamtinnen und Beamte und gleichzeitig beim Personal sparen.

Verspricht vollmundig die Übernahme des Tarifergebnisses für den öffentlichen Dienst und sagt nicht, wo das Geld herkommen soll.

Einige Anmerkungen zur Polizei und zur inneren Sicherheit. In einer demokratischen Gesellschaft hat der Staat das Gewaltmonopol. Deshalb brauchen wir Polizistinnen und Polizisten. Wechselseitiger Respekt ist wichtig. Deshalb ist es gut, dass wir uns über die **Kennzeichnung** von Beamtinnen und Beamten in sogenannten Einsatzhundertschaften im Koalitionsvertrag geeinigt haben. Und da stehen wir im Wort, das wird auch kommen.

Wir verteidigen wir unsere Freiheit mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaates gegen die Feinde der offenen Gesellschaft. Wir treten ein für die wehrhafte Demokratie.

Auch gegen den religiösen gewaltbereiten Fanatismus. Dazu gehören die Sicherheitsbehörden genauso wie die Zivilgesellschaft. Dazu gehört neben den Mitteln der Strafverfolgung auch die Prävention.

Der verfassungsfeindliche **Salafismus** lässt sich allein mit repressiven Mitteln nicht eindämmen. Wir haben deshalb auch in den Bereichen der Prävention und Intervention Maßnahmen ergriffen. Das Projekt „**Wegweiser**“, in dem Personen, die drohen in den Salafismus abzugleiten, aufgefangen und sozialpädagogisch betreut werden sollen sowie Eltern oder Lehrerinnen und Lehrer aus dem Umfeld sich radikalisierender Personen beraten werden, ist ein Aussteigerprogramm für ausstiegswillige radikalisierte Salafisten.

Angesichts des Zuwachses der verfassungsfeindlichen salafistischen Netzwerke besteht weiterer Handlungsbedarf, um die Radikalisierung insbesondere von Jugendlichen und jungen Menschen zu verhindern und ihre Demokratiebindung zu stärken.. Ich wünsche mir das auch für Mönchengladbach. Denn wie wir aus leidvoller Erfahrung wissen, gibt es auch bei uns immer wieder Versuche junge Menschen mit vermeintlich einfachen Antworten zu locken und zu Sympathisanten manchmal sogar zu Tätern in einem menschenverachtenden System des Terrors zu machen. Stadt, Bund und Land sollten auch in Mönchengladbach ein Präventionsangebot machen, das jungen Menschen rechtzeitig Lebensalternativen aufzeigt und die Gemeinschaft stärkt.

Freiheit und Demokratie sind nicht selbstverständlich, sie müssen täglich neu erkämpft und auch verteidigt werden – auch in Nordrhein-Westfalen.

Deutschland ist derzeit das Ziel vieler notleidender Menschen aus den Kriegs- und Krisenregionen der Welt, insbesondere aus Syrien, dem Irak oder Afghanistan kommen **Flüchtlinge** zu uns. Gleichzeitig kommen zusätzlich insbesondere aus den Ländern des westlichen Balkans viele Menschen zu uns, die zwar nicht durch Kriegshandlungen und politische Verfolgung bedroht sind, jedoch ihren Heimatländern aufgrund der unzureichenden ökonomischen Perspektiven und der schlechten sozialen Situation den Rücken kehren.

Insbesondere in den vergangenen Tagen und Wochen kam es zu einem sprunghaften Anstieg der Asylanträge von Menschen aus dem Kosovo. So hat sich hier die Zahl der bundesweiten Erstanträge auf Asyl im Januar 2015 im Vergleich zum Vorjahresmonat von 451 auf 3.034 versechsfacht. Seit Anfang Februar hat sich dieser Zuzug innerhalb weniger Tage noch einmal massiv verstärkt. Es ist unsere uneingeschränkte **menschliche und moralische Pflicht**, dass wir Menschen, die vor Krieg und Verfolgung flüchten und oftmals nicht mehr als ihre nackte Existenz retten konnten, nicht in Stich lassen und ihnen bei uns Sicherheit und Schutz gewähren.

Niemand verlässt grundlos seine Heimat. Aber auch wenn es in verständlich ist, dass sich Menschen auf Weg machen, um vor wirtschaftlicher Not und gesellschaftlicher Ausgrenzung zu fliehen, werden viele auf Dauer nicht in Deutschland bleiben können, da sie zum überwiegenden Teil **keinen Anspruch auf Flüchtlingsschutz** haben. Aber auch wenn sich kein Recht auf einen dauerhaften Aufenthalt ergibt, müssen wir respektvoll und rechtstaatlich verantwortlich mit diesen Menschen umgehen.

Es ist gut, wenn die **Asylverfahren** jetzt schneller bearbeitet werden. Auch für die Betroffenen. Besonders wichtig ist darüber hinaus aber auch, dass der Bund und vor allem die Europäische Union weitere massive und gezielte Hilfen vor Ort leisten, um die ökonomischen und die sozialen Bedingungen für die Menschen im Kosovo nachhaltig zu verbessern.

Nur so wird man erreichen können, dass sie zukünftig in ihrem Heimatland eine ausreichende Perspektive für sich und ihre Familien sehen. Im Zusammenhang mit den Flüchtlingen in Mönchengladbach will ich ein kräftiges **Lob** loswerden.

Gastfreundschaft, Willkommenskultur, Nächstenliebe und Mitgefühl kann man zwar mit öffentlichen Mitteln fördern, aber nicht verordnen. Deshalb ist es toll, wie viele Menschen spontan und ohne viel Aufhebens den Flüchtlingen, die in unserer Stadt Schutz vor Gewalt und Not suchen, helfen. In diesem Zusammenhang hat auch der Mönchengladbacher Karneval ein deutliches Zeichen gesetzt. Dem Rat der Stadt bin ich dankbar für konstruktive Vorschläge zur Verbesserung der **Willkommenskultur**. Dabei bin ich ein wenig stolz auf die SPD, die hier eine Vorreiterrolle übernommen hat. Die **Erstaufnahmeeinrichtung** im Bereich des Nordparks soll dabei helfen, Menschen, die bei uns Schutz suchen aufzunehmen und angemessen unterzubringen. Die zügige Umsetzung ist schon aufgrund der derzeit ansteigenden Zahlen der Flüchtlinge erforderlich und entlastet die Stadt an anderer Stelle.

Dabei muss unser Anspruch an die Qualität der Einrichtung hoch sein, die Menschen haben einen Anspruch auf Betreuung und angemessene Unterkunft. Auch denjenigen, die ein Zeichen für **Meinungsfreiheit**, Toleranz und Religionsfreiheit setzen gilt es zu danken. Man darf weder wegschauen noch sich wegducken, wenn Gewalt, Hass und Intoleranz das friedliche Zusammenleben bedrohen.

Freiheit ohne Sicherheit ist problematisch, Sicherheit ohne Freiheit ist Zwangsherrschaft. Wenn wir uns durch Gewalt und Drohungen in unserer Freiheit einschränken lassen, dann haben der religiös verbrämte Terror und extremistische Ideologie gewonnen.

Satire und Ironie sind Ausdruck gelebter Demokratie. Wer darauf freiwillig verzichtet, gibt schon einen Teil dessen auf, was Demokratie ausmacht. Deshalb auch vielen Dank für jede mutige Äußerung auch jeden kritischen Karnevalswagen.

Nur um Missverständnisse zu vermeiden: Ich meine nicht die **Dumpfbacken**, die jeden Satz mit: "Das wird man ja wohl noch sagen dürfen... oder ich habe zwar nichts gegen Flüchtlinge, Ausländer, aber..." beginnen. Die ist bestenfalls Realsatire oder wesentlich schlimmer noch **rechte Rattenfänger**, die den Anschluss an die politische Mitte suchen.

Das **Demonstrationsrecht** gehört zu den geschützten Grundlagen unseres demokratischen Staates. Allerdings nimmt der Rechtsstaat keinen Schaden, wenn man versucht das zu verbieten, was eindeutig auf Konfrontation, Volksverhetzung oder Gewalt zielt.

Trotzdem muss man es oft ertragen, ohne gleich **Voltaire** hier zu strapazieren (Voltaire: Ihre Meinung ist mir zwar widerlich, aber ich werde mich dafür totschlagen lassen, dass Sie sie sagen dürfen), dass Menschen solange sie das gewaltfrei machen, bei Demonstrationen auch Unsägliches verbreiten. Aber ich muss schon heftig würgen, wenn da im einschlägigen Jargon von **Lügenpresse, Systemparteien und Asylbetrügern** die Rede ist und gleichzeitig das Motto der demokratischen Bürgerbewegung in der ehemaligen DDR: „**Wir sind das Volk**“ missbraucht wird.

Deshalb kann ich mir auch genau wie unsere Generalsekretärin Yasmin Fahimi einen Dialog mit diesen nur mäßig gut als Biedermännern und –frauen verkleideten Rechtspopulisten nicht vorstellen.

Sicher muss man sich mit deren **Parolen und Scheinargumenten** auseinandersetzen. Und immer wieder auch nach der sozialen Balance der Politik fragen. Das heißt aber nicht, dass man sich mit denen an einen **Tisch** oder gemeinsam in **Talk Shows** setzen muss.

In NRW wird diese **angebliche Bürgerbewegung** darüber hinaus auch ganz eindeutig von bekannten Rechtsextremisten gesteuert und instrumentalisiert.

Die sogenannte **HoGeSa** Demonstration in Köln, bei der ein gewaltbereiter **Mob** sich mit der Polizei regelrechte Straßenschlachten geliefert hat, wurde zunächst durch ein Mönchengladbacher PRO NRW Ratsmitglied angemeldet. Die NPD kündigt an zum 1.Mai in unserer Stadt gegen angeblichen Asylbetrug und vermeintliche Überfremdung zu demonstrieren. Das zeigt dass es auch in Mönchengladbach weiter nötig ist, gegen Extremismus deutliche Zeichen zu setzen. Gerade wir müssen uns mit diesem Thema auseinandersetzen, denn die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gehört historischen Auftrag der Sozialdemokratie.

Wir wissen, **Faschismus** ist keine Meinung sondern ein Verbrechen. Die NPD gehört eben so wenig wie die Partei die Rechte auf Wahlzettel sondern verboten. Und für Rechtsextreme ist in Parlamenten und Stadträten kein Platz. Auch wenn Rechtsextreme vom Fehlen einer **Sperrklausel** in besonderer Weise profitieren, ist das nicht der inhaltliche oder gar juristische Hintergrund dafür, dass wir uns auf Landesebene und vor Ort für die Wiedereinführung einer Sperrklausel bei

Kommunalwahlen einsetzen. Sperrklauseln sind nicht prinzipiell verfassungswidrig, wie Bundestagswahlen und Landtagswahlen zeigen. Bei Kommunalwahlen gelten allerdings besonders strenge Maßstäbe. Deshalb wollen wir eine Regelung in der Landesverfassung. Es geht darum, die Funktionsfähigkeit und das **Ehrenamt** in den Kommunalparlamenten zu bewahren.

Wer sich in seiner Freizeit als Ratsmitglied für die Belange der Mitbürgerinnen und Mitbürger einsetzt macht das ehrenamtlich. Neben Beruf und Familie. Das muss zumutbar bleiben.

In allen Vertretungen auf der Ebene der kreisfreien Städte und Kreise sind Zweier-Gruppierungen und/oder Einzelmandatsträger vertreten, in den meisten Räten sogar mehrfach. Das führt zwischenzeitlich zu den absonderlichsten Zusammenschlüssen, nur um den Fraktionsstatus und damit mehr finanzielle Unterstützung zu erlangen.

In **14 Räte** kreisfreier Städte sind auf diese Weise zehn und mehr Fraktionen, Gruppen und Einzelmandatsträger hineingewählt worden, in drei Kreistagen zehn. Was diese Zersplitterung für die Praxis bedeutet, konnte man exemplarisch in Duisburg erleben: Der Stadtrat tagte geschlagene 14 Stunden (!!!). Erst am nächsten Morgen um 5.05 Uhr war die letzte Abstimmung geschafft. Das ist eine Zumutung für die ehrenamtlich tätigen Ratsmitglieder.

Von einer Gleichbehandlung der Wählerstimmen kann keine Rede sein. Der Erfolgswert einer Stimme für einen Einzelbewerber oder eine Kleinstgruppierung ist um ein Vielfaches überhöht. Davon profitieren in besonderer Weise rechtsextreme Parteien, die demokratischen Volksparteien geraten ins Hintertreffen. So brauchte die CDU in Hamm 1184 Wählerstimmen, um ein Ratsmandat zu erringen, den Rechten genügten dagegen 654 Wählerstimmen. In Essen errang die SPD mit 2246 Wählerstimmen ein Ratsmandat, der NPD genügten schon 1229 Wählerstimmen. 776 Stimmen haben am 25. Mai 2014 in Mönchengladbach ausgereicht, um mit einem Mandat im Stadtrat vertreten zu sein. Und mir wird übel, wenn ich daran denke, dass **Nazis** jetzt mit städtischen Mitteln ihre Arbeit finanzieren.

Faktisch führt die **Zersplitterung** eher zu einer geringeren Vielfalt bei den Mehrheiten. Um nachhaltige Finanz- Haushalts- und Strukturpolitik zu sichern, werden vielerorts Mehrheiten nur noch zwischen CDU, SPD und Grünen gebildet.

Nachdem die CDU ihre Bereitschaft zur Mitwirkung signalisiert hat, werden wir das Thema angehen.

Lasst mich kurz zu einigen anderen Themen kommen, die derzeit wichtig sind. Unser Ziel: **Kein Kind zurückzulassen** erweist sich als nachhaltig richtig, wie Auswertung der Ergebnisse aus den Modellkommunen zeigt. Hannelore Kraft hat Recht. Die Gesellschaft und die einzelnen Menschen profitieren von früher Förderung. Eine wichtige Voraussetzung für Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit bleibt die Gebührenfreiheit von Bildung.

Die Haltung bei den **Studiengebühren** gleicht hier einer Luxemburgischen Traditionsveranstaltung, bei der die Teilnehmer zu Polkaklängen durch die Straßen ziehen und zwei Schritte vor und einen zurück machen. 1. Akt Einführung durch schwarz gelb. - 2. Akt Kritik an der Abschaffung durch die Regierung von Hannelore Kraft. - 3. Akt Die Landes-CDU trennt sich von der Forderung nach Studiengebühren im Wahlkampf 2012. -4. Akt Das soll jetzt anders werden. Die CDU tritt für Bildungsbeiträge ein.

Der Vergleich mit der Echternacher Springprozession ist falsch. Ich entschuldige mich in aller Form in Luxemburg. Gegen die Aufführung der CDU zum Thema Studiengebühren ist das eine gradlinige Veranstaltung. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar, Studiengebühren sind Murks, gehören abgeschafft und bleiben deshalb abgeschafft. Das ist im Übrigen auch bei den KITA Gebühren so. Auch da tanzt die Landes CDU zur gleichen Melodie.

Der **digitale Wandel** eröffnet uns in Mönchengladbach nicht nur die Chance auf Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze. Er eröffnet uns auch die Perspektive auf mehr Lebensqualität und auf Nachhaltigkeit. In sehr vielen Bereichen, von einer humaneren Gestaltung der Arbeitswelt bis zu einer intelligenteren Verkehrsinfrastruktur. Aber es geht auch um Fragen, wie gute Arbeit gesichert werden kann. Es geht um die Änderung kultureller und gesellschaftlicher Grundlagen und die Sicherung von Bürger- und Grundrechten, aber auch zum Beispiel um Verbraucherschutz. Digitalisierung ist deshalb kein Selbstzweck. Wir müssen und können auch diese Veränderungen in den Dienst des Menschen stellen. Ich empfehle das sorgfältige Studium der **Regierungserklärung** von Hannelore Kraft zu diesem Thema. Die Wirtschaft und die meisten Medien haben das begriffen. Das beinhaltet mehr als nur schnelles Internet. Das ist aber ohne Zweifel eine Voraussetzung.

Wir wollen **bis 2018** den fast flächendeckenden Ausbau mit schnellem Internet sicherstellen. Ach ja, NRW steht übrigens auch jetzt schon mit 70,7 % Abdeckung im Vergleich zum Beispiel mit Bayern richtig gut da. Die Mittel aus der Versteigerung der Funkfrequenzen werden wir für den digitalen Fortschritt nutzen. Dazu passt der Dialogprozess „Digitaler Wandel- MG_URBAN“, den wir begonnen haben. Für alle, die die Arbeitsweise noch nicht verstanden haben, Felix, Josi und Johannes und die vielen anderen, die an der Vorbereitung beteiligt waren erklären das gerne nochmal. Der Dialog ist nötig und gehört zum Prozess. Wer frühzeitig viele beteiligt, muss nachher weniger korrigieren.

Und auch wenn Herr Dr. Krings das nicht passt, die SPD und NRW sind da eben besser und schneller. Eine **lange Leitung** ist manchmal eben kein Problem der Internetverbindung auch in Herrath.

Inklusion, die nicht nur eine schulische Frage sondern ein politischer Paradigmenwechsel ist. Ausbau des offenen Ganztages, Anforderungen an ein Teilhabegesetz, Tariftreue und vieles mehr ist wichtig.

Auch die Förderung für Rheydt hat viel mit dem Zusammenwirken zwischen Stadt und Land zu tun. Die Vermutung Rheydt sei das grüne Auenland oder der niederrheinische Schwarzwald ist falsch. *Auch wenn die Vorstellung von Ulla Brombeis als Belladonna Tuk und Karl Sasserath als Bungo Beutlin sicher reizvoll ist.* Die vorherrschende Farbe ist Rot und in Rheydt hat die SPD hier eine wichtige Vorreiterrolle übernommen.

Übrigens ist das Projekt in der Zeit der Ampel fraktionsübergreifend vorgebracht worden. Das **Minto**, die Entwicklung und Vermarktung der Gewerbeflächen und der Ausbau des **Hochschulstandortes** gehören zu den wichtigen Entwicklungen in unserer Stadt.

Felix Heinrichs, von manchen als der **Harry Potter** der Mönchengladbacher SPD bezeichnet, verkörpert als Fraktionsvorsitzender mit Selbstbewusstsein und Geschick den Anspruch der SPD als politisch prägende Kraft in dieser Stadt. Denn wir können und wollen gestalten. Dazu zeigt der Ausbau der 6. Gesamtschule. Dazu passt die Entwicklung lebenswerter Wohnquartiere. Dazu gehören auch strategische Offenheit und inhaltliche Orientierung. Aber Achtung: (um im Bild zu bleiben) Die, **deren Namen man nicht nennen darf**, streben nach wie vor nach absoluter Macht insbesondere bezogen auf die Entwicklung von bebaubaren Grundstücken. Wenn die Frisur ähnlicher wäre könnte ja **Horst-Peter Vennen** die Rolle des **Dumbledore** übernehmen. Denn wenn die öffentliche Hand etwas anpackt muss das ja nicht schlechter für die Allgemeinheit sein.

„Heimat“-minister Michael Groschek hat bei der Einweihung des Rheydter Marktplatzes nochmal auf die Höhe der Förderung durch das Land hingewiesen. Gut: So kommt keiner auf den Gedanken, das sei alles von alleine so gekommen. Die Erneuerung des **Rheydter Marktplatzes** ist ein Schlüsselprojekt der Stadterneuerungsmaßnahme Mönchengladbach-Rheydt. Für verschiedene Maßnahmen in diesem Rahmen gab es eine Gesamtförderung von 20,3 Mio € aus dem Programm. Insgesamt sind deutlich mehr als 30 Mio nach Rheydt geflossen. Das war gut angelegtes Geld.

Leider ist die Anregung mit der Wiederaufstellung des Alufanten auf dem Rheydter Markt auch eine angemessene Würdigung dieser Tatsache durch eine Umbenennung vorzunehmen bislang nicht aufgegriffen worden. Gerade **Ulrich Elsen**, unser Bürgermeister aus Rheydt, hat sich um die Gestaltung solche Verdienste erworben, dass der Vorschlag von Felix Heinrichs das Kunstwerk in **Ulifant** umzubenennen, verbunden mit dem Recht das Teil während der Kirmes in Rheydt auf eigene Kosten vorübergehend im eigenen **Garten** aufzustellen mehr als gerechtfertigt wäre.

Ach ja Rheydt. Da war doch noch was. Nämlich das **Nummernschild**.

Nachdem es jetzt fast überall in NRW möglich ist, die alten Herkunftsbezeichnung zu benutzen, feststeht, dass mit der Eröffnung der Möglichkeit keine Mehrkosten sondern eher Mehreinnahmen für die Stadt verbunden sind, erlaube ich mir folgenden Hinweis. Ja, es gibt viele wichtigere Themen. Aber nach meiner Meinung bedarf es keiner besonderen Begründung die Nutzung des RY Kennzeichens zu erlauben, vielmehr sind diejenigen, die das nicht wollen in der Begründungspflicht. Warum soll es den Menschen in Rheydt nicht erlaubt sein, etwas zu tun, was überall anders problemlos möglich ist?

Zurück zum Geld: Mönchengladbach bekommt über das GFG die Rekordsumme von 197,2 Mio. Euro. Das liegt an der **kommunalfreundlichen Politik** des Landes. Das Land senkt die Neuverschuldung schrittweise trotz großer neuer Herausforderungen. Leider ist der **Finanzausgleich** zwischen Bund und Ländern nicht so freundlich zu uns. Denn NRW behält von dem, was hier erwirtschaftet wird zu wenig.

Der Rheinländer kennt die Weisheit: **Han kütt von halde**. Nicht mehr und nicht wenige wollen wir. Mehr von dem behalten, was in NRW erwirtschaftet wird.

Nordrhein-Westfalen ist ein wirtschaftlich starkes Land – und will es auch bleiben. Wir waren in den vergangenen Jahrzehnten zunächst solidarisch mit dem Süden Deutschlands, dann mit den Ländern im Osten. Das Ausgleichssystem ist aus dem Gleichgewicht geraten, wenn denjenigen, die Solidarität leisten weniger bleibt als denen, die vom Solidaritätsausgleich profitieren. Jetzt kommen wir in die heiße Phase, die Bund-Länder-Finanzbeziehungen neu zu ordnen.

Zum einen läuft der Soli 2019 aus. Zum anderen müssen wir entscheiden, wie die Finanzbeziehungen zwischen den Ländern neu zu regeln sind. Tatsache ist: Vor der ganzen **Umverteilung** hat NRW pro Einwohner rund 1.000 Euro mehr an Steuereinnahmen als Sachsen. Nach der Umverteilung sind es 500 Euro weniger. Das ist eine Schieflage, die wir so nicht mehr hinnehmen wollen. Deshalb versuchen Hannelore Kraft und Norbert Walter-Borjans zurecht das zu ändern.

Besonders deutlich wird die Schieflage, wenn man die Einnahmen und Ausgaben Nordrhein-Westfalens mit denen der ostdeutschen Länder vergleicht, wo jeweils etwa gleich viele Menschen leben
(NRW: 17,8 Mio. / Ostdeutsche Länder inkl. Berlin: 16,3 Mio.).

Vor den Ausgleichszahlungen bestand 2013 in den ostdeutschen Ländern ein Defizit von knapp 20,4 Mrd. Euro. Nach den Umverteilungen kommt es sogar zu einem Überschuss von mehr als 2,7 Mrd. Euro.

In NRW dagegen bestand vor den Ausgleichszahlungen lediglich ein Defizit von knapp 1,8 Mrd. Euro. Nach den Umverteilungen hatte es sich aber auf ca. 3.3 Mrd. Euro fast verdoppelt. Das kann so nicht richtig sein. Solidarität ist keine Frage der Himmelsrichtung, sondern eine Frage der Gerechtigkeit.

Dafür steht die SPD, in Berlin, in Düsseldorf und in Mönchengladbach. Dafür kämpfen wir gemeinsam. Nicht für uns, sondern für die Menschen in unserer Stadt und unserem Land !